

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telefax: 0 88 846 ppbn d
Teletax: 21 06 84

Inhalt

Brigitte Adler MdB zur globalen Bedeutung der GATT-Verhandlungen: Nur ein handelspolitisches Instrument? Seite 1

Dr. Margrit Wetzel MdB zu Bonner Anweisungen über den Umgang mit ausländischen Seeleuten: In Deutschland Menschen 4. Klasse. Seite 2

Franz Maget MdL zu einer Initiative der bayerischen SPD-Landtagsfraktion: Bildungsurlaub endlich auch in Bayern. Seite 3

Rezension
Hermann Langbein stellt die Anthologie "Lyrik gegen das Vergessen" vor. Seite 4

Dokumentation
Margitta Terborg MdB kritisierte in Straßburg die europäische Untätigkeit im Jugoslawien-Konflikt. Wortlaut Seite 5

46. Jahrgang / 182

23. September 1991

Nur ein handelspolitisches Instrument? Zur globalen Bedeutung der GATT-Verhandlungen

Von Brigitte Adler MdB

Die Uruguay-Runde dreht sich wieder. Mit der Verabschiedung eines EG-Agrarreformkonzeptes im Juli scheint der Einstieg in die Verhandlungen wieder möglich. Es bleibt abzuwarten, ob die EG-Vorschläge insbesondere von der CAIRNS-Gruppe angenommen werden. Was bei den GATT-Verhandlungen auf dem Spiel steht, hat das Scheitern der Verhandlungsrunde im Dezember des letzten Jahres deutlich gemacht: Es geht um den Erhalt und, wenn möglich, Ausbau der nationalen beziehungsweise im Falle der EG, gemeinschaftlichen Stellung im internationalen Welthandelsgeschehen. Wenn in dieser Auseinandersetzung um Handelsvorteile die Ökonomen alleine bestimmen, wie es weiter gehen soll, wäre allerdings viel verloren, sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die Natur und die Umwelt.

Der ökonomische Ansatz

Mit Milliardenbeträgen werden in den Industrieländern strukturschwache Wirtschaftszweige gestützt und zusätzlich durch eine ganze Palette von Handelsbarrieren deren Fähigkeit sich auf dem Markt zu behaupten, erhalten. Notwendige Reformierungs- und Umstrukturierungsprozesse werden somit verhindert. Berechnungen von Weltbank und IWF verdeutlichen, daß ein weltweiter Abbau von Handelschranken und Stützsystemen zu einer Ausdehnung des Welthandelsvolumens führen würden, an der auch die wirtschaftlich schwachen Entwicklungsländer partizipieren könnten.

Verlässliche, im GATT verankerte Spielregeln für den Welthandel, werden als einzige Möglichkeit gesehen die Konvergenz der Wirtschaftsinteressen in einem fairen Rahmen zu halten. Diese rein wirtschaftlichen Betrachtungen lassen meiner Ansicht nach zu wenig Spielraum zur Lösung der eigentlichen Probleme dieser Welt: Hunger, Bevölkerungswachstum und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Letzteres, sowohl in Entwicklungsländern, die aufgrund existentieller Not keine aufwendigen Umweltprogramme finanzieren können, als auch in den Industrieländern. Wohin eine ökologisch blinde Wirtschaft führen kann, zeigen die Verhältnisse in den neuen Bundesländern. Die Sanierungskosten dort werden auch einem Wirtschaftsriesen wie der Bundesrepublik das Fürchten lehren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit recyceltem Papier
Recycling-Papier



Neue Dimensionen im GATT

Die enge Verflechtung zwischen globaler Ökologie, globaler Wirtschaft und nicht zuletzt der Entwicklungsmöglichkeit vieler Länder wird bislang nur unzureichend beachtet. Ich plädiere deshalb dafür, gerade diese Zusammenhänge in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu stellen. Dieses zu ermöglichen liegt weitgehend in der Verantwortung der Industrieländer. Sie sind insbesondere aufgefordert, das internationale Wirtschaftsgeschehen eindeutigen Kriterien zu unterwerfen, mit dem Ziel, weltweit ein Mindestmaß an sozialer, ökologischer und ökonomischer Verträglichkeit menschlichen Handelns zu gewährleisten. Nur so kann Konflikten vorgebeugt werden und nur so können wirklich dauerhafte Überlebensvoraussetzungen erhalten werden.

Erst in einem zweiten Schritt sind dann Lösungen für die jeweiligen GATT-Verhandlungsgruppen zu suchen, denen - man muß gelegentlich daran erinnern - wirtschaftliches Handeln ist nur Mittel zum Zweck, nämlich der weltweiten Sicherung unserer materiellen Grundbedürfnisse.

Ist GATT das geeignete Instrumentarium?

Die Fragen, ob das GATT zum einen durch Neuausrichtung seiner Ziele und zum anderen durch die Aufnahme der neuen Verhandlungsbereiche (Dienstleistungssektor, Schutz geistigen Eigentums und handelsbezogene Investitionsmaßnahmen) institutionell überfordert werden könnte, sind berechtigt. Hinzu kommt, daß eine Ausweitung der Geltungsbereiche des GATT zu Überschneidungen mit den Aufgaben anderer Weltorganisationen (zum Beispiel WIPO; UNCTAD etc.) führen würde. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß die Weltgemeinschaft sich Gedanken über einen neuen institutionellen Rahmen macht, der eine klarere Aufgabenverteilung ermöglicht, aber auch mehr Kooperationsmöglichkeiten zuläßt. Nur so sind die drängenden Probleme in den Griff zu bekommen. Auf keinen Fall aber darf das GATT, aufgrund der dominierenden Rolle der Weltwirtschaft, als alles bestimmende Instrument mißbraucht werden.

(-/23. September 1991/rs/tr)

In Deutschland Menschen 4. Klasse

Zu Bonner Anweisungen über den Umgang mit ausländischen Seeleuten

Von Dr. Margrit Wetzel MdB

Einen neuen Höhepunkt der stetig steigenden Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik - auch von Seiten des Gesetzgebers - stellen die vorläufigen Anwendungshinweise zur Handhabung des neuen Ausländergesetzes dar, die Bundesinnenminister Schäuble den Ausländerbehörden der Küstenländer zukommen ließ.

Die neuen Regelungen enthalten sowohl ein Niederlassungsverbot als auch ein absolutes Verbot der Wohnsitznahme für ausländische Seeleute auf Schiffen, die in das Internationale Schiffsregister (ISR) eingetragen sind. Dies sichert die Funktionsfähigkeit des umstrittenen ISR und zieht gleichzeitig einen Stacheldraht um die Reiling, der die ausländischen Seeleute an Bord einsperrt und sie zu rechtlosen Arbeitskräften 4. Klasse degradiert.

Als Folge der vorläufigen Anwendungshinweise haben ausländische Seeleute auf ISR-Schiffen - und das sind mit Ausnahme des Kapitäns und eines weiteren gut ausgebildeten Seemanns auf vielen Schiffen nahezu hundert Prozent - in Zukunft keine Möglichkeit mehr, in der Bundesrepublik abzumustern und auf einem anderen Schiff anzuheuern. Auch der Wechsel auf eine Landtätigkeit ist unmöglich gemacht.

Selbst ausländische Seeleute, die seit Jahren auf Schiffen deutscher Reeder arbeiten, sind von den Regelungen nicht ausgenommen. Durch die Verweigerung der Möglichkeit der Wohnsitznahme wird ihnen zugleich der Anspruch auf deutsche Heuertarife genommen. Dies bedeutet, daß gleiche Arbeit dauerhaft ungleich bezahlt wird.

Sozialpolitisch nicht weniger zumutbar ist die Tatsache, daß ausländische Seeleute zwar Beiträge zur Sozialversicherung zahlen, im Falle von Arbeitslosigkeit aber nicht in den Genuß der ihnen aus ihren Beiträgen zustehenden Leistungen kommen. Gemäß den vorläufigen Anwendungshinweisen werden sie im Falle der in der Bundesrepublik eintretenden Arbeitslosigkeit sofort abgeschoben, stehen somit dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Damit entfällt ihr Anspruch auf die ihnen eigentlich zustehende - Arbeitslosenunterstützung.

Die von Bundesinnenminister Schäuble herausgegebenen Anwendungshinweise bewirken einen menschenunwürdigen Umgang mit ausländischen Arbeitnehmern. Die Bestimmungen sind prinzipiell zu korrigieren.

(-/23. September 1991/rs/fr)

Bildungsurlaub endlich auch in Bayern
Zu einer Initiative der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Von Franz Maget MdL
Sozial-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Bayern ist nur Spitze bei den gesetzlichen Feiertagen. Schlußlicht - neben Baden-Württemberg - ist dagegen der Freistaat im alten Bundesgebiet beim Bildungsurlaub. Die CSU-Staatsregierung muß endlich ihren Widerstand gegen einen "Urlaub zum Dazulernen" aufgeben. Auch den bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muß ein Recht auf Freistellung eingeräumt werden.

Dies ist besonders im Hinblick auf die Erfordernisse des EG-Binnenmarktes unverzichtbar. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wird in Kürze einen entsprechenden Gesetzentwurf im Parlament einbringen, der den Anspruch auf einen mindestens fünftägigen Bildungsurlaub im Jahr garantiert.

Nach dem Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz wird dort die SPD/FDP-Koalition als drittletztes der alten Bundesländer ein Bildungsurlaubsgesetz verabschieden. Bayern und Baden-Württemberg werden auf diesem Feld bald die "letzten Mohikaner" sein - zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist an der Zeit, daß sich auch bayerische Arbeitnehmer endlich beruflich weiterbilden oder bei anerkannten Trägern der Erwachsenenbildung gesellschaftspolitisch qualifizieren können.

Die hohe Qualifikation der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist einer der zentralen Standortvorteile der bayerischen Wirtschaft. Diese Stärke muß gepflegt und durch einen Ausbau der Weiterbildung gesichert werden, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat auch für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet sind.

Ich verweise auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1987, als die obersten Richter Landes-Bildungsurlaubsgesetze für verfassungskonform erklärt hatten. Der Bildungsurlaub in Bayern gibt allen bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit, sich weiterzubilden, und ergänzt die für einige Branchen tarifvertraglich geregelten Qualifizierungs-Möglichkeiten.

(-/23. September 1991/rs/fr)

REZENSION

Worte des Mutes und der Verzweiflung

Lyrik gegen das Vergessen - Gedichte aus Konzentrationslagern. Herausgegeben von Michael Moll/Barbara Weiler, SP-Verlag, Marburg, September 1991, 120 Seiten, DM 24,80.

Wer die so perfekt organisierte Mordmaschinerie des Nationalsozialismus kennenlernen mußte und danach - meist durch eine Kette von Zufällen - am Leben geblieben ist, reagiert dann auf Grund seiner Erlebnisse - die oft sehr unterschiedlich waren, auch wenn jemand im gleichen Lager zur selben Zeit interniert war - und entsprechend seiner Individualität. Manche versuchen, das Erlebte zu verdrängen. Das gelingt freilich selten; in Träumen kehrt das Vergangene quälend zurück. Viele fühlen sich verpflichtet, den später Geborenen mitzuteilen, was eine mörderische Ideologie im 20. Jahrhundert in Mitteleuropa möglich gemacht hat. Sie sollen gewarnt sein, sie haben die Verpflichtung, abzuwehren, damit sich derlei nie mehr wiederholen kann. Die Nachgeborenen haben nicht die "Gnade der späten Geburt", ihnen wurde im Gegenteil von unserer Generation, die ein Auschwitz hat möglich werden lassen, eine schwere Bürde aufgelastet.

Oft erlebt man ähnliches: wenn Überlebende der KZ's und Vernichtungslager zusammenkommen, hört man ihre Angst: "Was wird bleiben, wann wir nicht mehr berichten können? Die Leugner werden nicht widerlegt, die Unwissenden werden nicht gezwungen werden, darüber nachzudenken, was zu tun und zu unterlassen ist, damit nie wieder Menschen wegen ihrer 'Rasse' als 'lebensunwert' taxiert und dementsprechend behandelt werden."

Wer das befürchtet, kann mit gutem Gewissen beruhigt werden. Denn immer mehr Junge, die die Jahre der schrankenlosen nationalsozialistischen Herrschaft nicht hatten erleben müssen, haben sich die Aufgabe gestellt, Probleme zu studieren, die vorher unvorstellbar, aber in dieser Epoche möglich geworden waren. Sie erforschen die Geschichte von Außenlagern der KZ's in ihrer Heimat, was dort geschah, wer es hätte bemerken können, wie die Menschen der Umgebung reagiert haben. Sie bemühen sich, das Leben von Personen zu rekonstruieren, die die Kraft fanden, in den Todesfabriken Mensch zu bleiben.

Und nun hat einer sich die ganz und gar nicht leichte Aufgabe gestellt, Gedichte, die in Gefängnissen, Ghettos, Lagern entstanden sind, zu sammeln. Michael Moll ist in Deutschland zur Welt gekommen, als das 'Tausendjährige Reich' bereits ein Jahrzehnt zerschlagen war, der Vergangenheit angehörte. Als Student erfuhr er bei einer Polenreise, wie lebendig dort die Vergangenheit war. Er hatte den Mut, als Doktorarbeit das Thema zu wählen: Lyrik in einer entmenslichten Welt - Interpretationsversuche zu deutschsprachigen Gedichten aus nationalsozialistischen Gefängnissen, Ghettos und KZ's.

Es ist Barbara Weiler - einer ebenfalls später Geborenen, heute Bundestagsabgeordnete - zu danken, daß diese Gedichtsammlung nun allgemein zugänglich wird. Der Schüren-Verlag in Marburg legt sie unter dem Titel 'Lyrik gegen das Vergessen - Gedichte aus Konzentrationslagern', herausgegeben von Michael Moll und Barbara Weiler, vor.

"Sprachliche Grabsteine, wo es Gräber nicht gibt", nennt Moll die Gedichte daran, denen auch hinter elektrisch geladenem Stacheldraht ihre Individualität nicht vollends zerstört werden konnte. Sie zu sammeln war mühsam. Manche wurden in Kerkermauern eingeritzt, andere mündlich überliefert, weil ein Häftling in der Regel keine Möglichkeit hatte, zu Papier und Bleistift zu kommen. Politische Gegner haben sie vor ihrer Hinrichtung verfaßt, Kinder geschrieben, die in die Lager kamen, weil sie als Juden zur Welt gekommen waren.

Verständlicherweise waren die allermeisten Gedichte, die in dem Sammelband zu lesen sind, in deutscher Sprache geschrieben; nur wenige andere konnten übersetzt werden. Wer sie liest, erfährt, daß die graue Masse der Opfer des nationalsozialistischen Regimes aus Menschen bestand, jeder eine Individualität, mit Ängsten und Hoffnungen, mit Mut und Verzweiflung, mit literarischer Kraft und mit verzweifelter Suche nach Worten, die Unmenschliches ausdrücken sollen. Der Leser bekommt eine Ahnung von dem, die sonst von Überlebenden so schwer vermittelt werden kann.

Nein, die Angst ist unbegründet, daß die schrecklichste und in vieler Hinsicht gleichzeitig interessanteste Epoche unserer Zeitgeschichte verschüttet, vergessen oder gar verleugnet werden kann, wenn die letzten Zeugen nicht mehr reden können. Menschen wie Michael Moll beweisen das. Und er ist keineswegs der einzige, der die Verantwortung fühlt, die der Generation aufgelastet wurde, die selbst keinerlei Schuld haben kann.

Möge die Lyrik gegen das Vergessen Leser unter Angehörigen seiner Generation finden.

Hermann Langbein

(./23. September 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Margitta Terborg: Auf die Seite der jugoslawischen Mütter stellen

In der Jugoslawien-Debatte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 21. September in Straßburg machte die SPD-Bundestagsabgeordnete Margitta Terborg einige kritische Anmerkungen, die wir im Wortlaut dokumentieren.

"Ich weiß, daß es in diesen Tagen ein hohes Maß an Verantwortung bedeutet, als Parlamentarische Versammlung des Europarates das Richtige zur Krise im Vielvölkerstaat Jugoslawien zu beschließen. Wo die Waffen sprechen und die Menschen sterben, wirken Worte oft nur wie Gesten der Verlegenheit, wie ein Vorhang, der das eigene Unvermögen verhüllt. Ist das alles, was Europa sagen und tun kann, frage ich mich. Und ich fürchte, man wird uns mehr abverlangen.

War die Weltgemeinschaft da nicht schon weiter? Muß es nicht zum ehernen Gesetz werden, daß kein Aggressor der Welt - der erklärte oder unerklärte Kriege führt - damit rechnen darf, seine Beute behalten zu können?

Ich rede nicht dem Einsatz bewaffneter Truppen das Wort, mögen sie nun von der WEU, der UNO oder von wem auch immer gestellt werden. Sondern ein Handels- und Wirtschaftsembargo, daß sich eben nicht auf die Verweigerung von Waffen an die kriegführenden Parteien beschränkt. Wer ganz gewiß sein kann, daß sein Sieg im Bürgerkrieg mit dem wirtschaftlichen Chaos unausweichlich verbunden wäre, wird vielleicht doch seine Truppen in die Kasernen zurückschicken und die Zukunft des Landes im friedlichen Dialog suchen.

Mir fehlt eine Sanktionsdrohung Europas ohne wenn und aber. Und mir fehlt eine deutliche Manifestation, daß für unsere Parlamentarische Versammlung Politiker, die zum Mittel der Gewalt greifen, nicht satisfaktionsfähig sind. Ist es denn so ganz und gar ausgeschlossen, daß wir in diesen beiden Bereichen zu einer gemeinsamen unmißverständlichen Sprache finden?

Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, auch wenn der vorliegende Text eine andere Sprache spricht - die Sprache der folgenlosen Mißbilligung und damit des unverbindlichen Bedauerns.

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Mütter Jugoslawiens nötigen mir wesentlich mehr Respekt ab als unsere höchst ehrenwerte Versammlung. Sie sind zu Zehntausenden vor die Kasernen gezogen, in die Parlamente, vor das Verteidigungsministerium und haben gerufen: "Gebt uns unsere Söhne wieder! Macht, wenn ihr denn wollt, Euren Krieg alleine!" Es waren, wohlgemerkt, nicht nur kroatische Mütter. Sie kamen aus allen Landesteilen.

Und was haben sie geerntet? Sprachlose Verlegenheit der Politiker, alberne Beschwichtigungen der Militärs.

Die Mütter konnten bis heute nicht mundtot gemacht werden, bei aller Hilflosigkeit ihres Protestes. Und ich sage Ihnen: jeder einzelne dieser Mütter hat mehr für den Frieden riskiert als unsere ganze Versammlung! Gestehen wir uns wenigstens dies ein. Deshalb, so bitte ich Sie fast flehentlich: raffen Sie sich zu einem Signal auf, das der Welt zeigt, daß wir auf der Seite der Mütter, auf der Seite des Friedens stehen.

Helfen Sie mit, daß diese Mütter den Europäischen Menschenrechtspreis erhalten!

Für diesen Vorschlag habe ich schon die Unterstützung der SPD-Frauen in meinem Parlament. Ich werbe um die Unterstützung aller Parlamentarier, um ihre Unterstützung besonders. Und ich bitte Sie alle: lassen wir uns gemeinsam noch deutlichere Vorschläge zur Wiederherstellung des Friedens in Jugoslawien einfallen, damit wir diese Mütter, damit diese Menschen in diesem Vielvölkerstaat eine friedliche Zukunft zurück gewinnen. Ich danke Ihnen und hoffe sehr, daß Sie meine Worte nicht mißverstehen.

(-/23. September 1991/rs/fr)
